

Begründet
1877.

Gefördert täglich
mit Ausnahme der
Sonn- und Festtage.

Bezugspreis
für das Vierteljahr
im Bezahl- und
Nachbarortbezirk
Mk. 1.25
außerhalb Mk. 1.35.



Zeitsprecher
Nr. 11.

Anzeigenspreis
bei einmaliger Ein-
rückung 10 Pfg. bei
einmaliger Stelle;
bei Wiederholungen
entsprechender Rabatt.

Reklamen 15 Pfg.
die Zeitspalt.

Unparteiische Tageszeitung und Anzeigebblatt, verbreitet in den Oberamtsbezirken Nagold, Freudenstadt, Calw u. Neuenbürg.

Nr. 67.	Ausgabeort Altensteig-Stadt.	Freitag, den 20. März	Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.	1908.
---------	------------------------------	-----------------------	----------------------------------	-------

Amtliches.

Die K. Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 17. März 1908 die Wahl des Gemeinderats Jakob Brosch in Böfingen, Oberamt Nagold, zum Ortsvorsteher der Gemeinde Böfingen bestätigt.

Landesgeschau in Reutlingen.

Am Samstag den 4. April d. J. wird in Reutlingen die jährliche Staatsprämierung für ausgezeichnetes Schafvieh vorgenommen. Die Preisbewerber müssen ihre Tiere am 4. April 1908, vormittags 8 Uhr, in Reutlingen auf der Rennwiese aufgestellt haben.

Ehrverlust.

Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist ein in der Praxis vielfach vorkommender Umstand, der eine nähere Besprechung wohl nötig macht.

Auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte kann von den Strafgerichten neben der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe, eventuell auch neben einer mindestens 3 monatlichen Gefängnisstrafe erkannt werden. Die Dauer des Verlustes beträgt bei zeitiger Zuchthausstrafe mindestens zwei und höchstens zehn Jahre, bei Gefängnisstrafe mindestens ein Jahr und höchstens fünf Jahre.

Die Aberkennung bewirkt

- a) mit der Aberkennung:
 - 1. den dauernden Verlust der aus öffentlichen Wahlen für den Beurteilten hervorgegangenen Rechte, im gleichen den dauernden Verlust der öffentlichen Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen;
 - b) während der im Urteile bestimmten Zeit:
 - 1. die Landesfahne zu tragen;
 - 2. in das deutsche Heer oder in die kaiserliche Marine einzutreten;
 - 3. öffentliche Ämter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen zu erlangen;
 - 4. in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen, zu wählen oder gewählt zu werden, oder andere politische Rechte auszuüben;
 - 5. Zeuge bei Aufnahme von Urkunden zu sein;
 - 6. Vormund, Gegenvormund, Pfleger, Beistand der Mutter, Mitglied eines Familienrats oder Kurator zu sein, es sei denn, daß es sich um Verwandte absteigender Linie handle oder der Familienrat die Genehmigung erteile;
 - 7. die Börse zu besuchen;
 - 8. verantwortlicher Redakteur periodischer Druckschriften zu sein;
 - 9. ein Gemeindegliedrecht zu erwerben.

Außerdem kann ehrverlustigen Personen 10. der Aufenthalt in einer bestimmten Gemeinde unterlag oder 11. der Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen verweigert oder 12. die Approbation als Arzt oder Apotheker zurückgenommen werden; auch können solche Personen 13. als Schiedsrichter abgelehnt werden und 14. keine Jagdkarte erhalten.

Tagespolitik.

Die Budgetkommission des Reichstags erörterte den Etat der Reichsschuld und gleichzeitig eine Reihe von Fragen, die mit einer geordneten Finanzwirtschaft in ursächlichem Zusammenhange stehen. Es tauchte sogar der Gedanke auf, ob es nicht ratsam sei, den Kriegsschatz

im Juliasturm zu Spandan bei Berlin aufzuheben. Die Vertreter des Zentrums, der freisinnigen und der national-liberalen Partei erklärten sich für eine Verwendung dieses 120 Millionen betragenden Schatzes zur Unterstützung der Betriebsmittel der Reichshauptkasse.

Der Kampf im Baugewerbe hat bisher erwartungsgemäß nicht die erwartete Schärfe angenommen. In Berlin, wo der Ausbruch des Kampfes mit aller Heftigkeit bereits für den Anfang dieser Woche befürchtet wurde, sind Schritte zur Einleitung von Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages getan worden. Der Erfolg ist freilich abzuwarten, immerhin scheint die Stimmung weniger kampflustig zu sein, als es zuerst den Anschein hatte. Ein sicheres Urteil über die Gestaltung der Dinge im deutschen Baugewerbe wird vor dem 1. April kaum zu fällen sein.

Ehrengerichtliches Verfahren gegen Liebknecht. Das Kammergericht in Berlin hat auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts das Hauptverfahren gegen den sozialdemokratischen Rechtsanwalt Dr. Liebknecht im ehrengerichtlichen Wege angeordnet.

Prinz Joachim Albrecht von Preußen, ein Sohn des früheren Regenten von Braunschweig, hat nach der Berliner Zeitung vom Kaiser den Abschied aus der Armee erhalten, angeblich ohne die Erlaubnis zum Tragen der Uniform. Der Grund soll in den fortgesetzten Beziehungen des Prinzen zu der Baronin Liebenberg-Sulzer zu suchen sein, die sich bisher vergeblich um Scheidung ihrer Ehe bemüht.

Die Gründung von Syndikaten und Kartellen in der Industrie ist seinerzeit als ein Mittel begrüßt worden, die Produktion mit dem Bedarf in Einklang zu bringen und der ziellosen Erweiterung derselben, wie sie in guten Zeiten leicht eintritt, rechtzeitig Einhalt zu tun. Aber man hat dabei stets hinzugefügt, daß diese Vereinigungen der Produzenten nur bei maßvollem Gebrauch ihrer Macht von Vorteil werden können, andernfalls würden sie mehr Schaden bringen als Nutzen. Wie berechtigt diese Einschränkung war, das zeigt sich schon seit längerer Zeit bei der bedeutendsten deutschen Produzenten-Vereinigung, bei dem Kohlen-Syndikat. Die Klagen über dessen Preispolitik sind allgemein, allerdings sind sie wieder einmal im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht worden. In den Zeiten der Hochkonjunktur, als alle Welt dringend Kohlen brauchte und mancher Industrielle die günstigste Marktlage nicht genügend auszunutzen konnte, weil es ihm an Kohlen fehlte, lieferte das Syndikat große Mengen Kohlen munter ins Ausland, — die Kohlenpreise stiegen auf eine Höhe, die für Industrie und Landwirtschaft eine unerhörte Belastung bedeutete. Jetzt ist der Bedarf etwas geringer geworden, die Preise müßten naturgemäß zurückgehen, aber das Kohlen-Syndikat beschließt lieber eine Einschränkung der Produktion, liefert auch weiter so viel als es kann, in das Ausland, — die hohen Kohlenpreise bleiben dieselben, ja sie werden neuerdings noch erhöht, obwohl sie durch die Lage des ausländischen Marktes nicht im geringsten gerechtfertigt werden. Und, wohlgemerkt, das Kohlen-Syndikat liefert die Kohlen den ausländischen Verbrauchern billiger als den inländischen, es gibt den ausländischen Industriellen Waffen in die Hand, die zur Bekämpfung der deutschen Industrie dienen. Dabei sind die Verkaufsbedingungen, die den deutschen Abnehmern diktiert werden, so einseitig vom Standpunkte der Produzenten aus abgefaßt, daß sie, wie aus Fabrikantenkreisen geklagt wird, dem Verkäufer die Rechte, dem Käufer die Pflichten zuteilen. Das ist eine Ausbeutung der Machtstellung der Grundbesitzer, die nicht länger andauern darf. Wenn die Vereinigungen der Produzenten solche Früchte zeitigen, dann muß die Gesamtheit entschieden Front dagegen machen.

Papst Pius X. begehrt feingoldenes Priesterjubelium. Der römische Mitarbeiter eines Pariser Blattes will wissen, daß der Papst fürchtbar gealtert sei. Aber nicht das Alter und nicht die Gicht sollen Pius X. drücken, sondern der Modernismus soll an der Seele des heiligen Vaters nagen.

Die wirtschaftliche Krisis in Japan erörtert in den Leipz. N. Nachr. ein deutscher Kaufmann, der seit fast 20 Jahren in Japan lebt und sich vorübergehend in

Deutschland aufhält. Die Lage ist wirklich recht ernst. Die ungünstige Entwicklung der Finanzen der Regierung sowohl wie der Geschäftswelt während der letzten zwei Jahre ist natürlich eng mit dem Ausfall der erhofften Kriegsentwädigung von Ausland verknüpft. Nach dem Friedensschluß legten ein Gründungsgeist und eine Spekulationsmut an den Börsen ein, wobei den Ahnungslosen das Geld abgenommen wurde. Der Rückschlag blieb nicht aus. Das Geld wurde knapp, geschäftliche Zusammenbrüche erfolgten. Viele fremde Kaufleute wurden in Mitleidenschaft gezogen. Es scheint übrigens, daß bei solchen Zeiten die japanischen Banken und ihre Geschäftsfreunde stets tagelang früher von den Schwierigkeiten ihrer Klienten Wind bekommen, denn man stößt nur zu oft auf die Tatsache, daß der europäische Importeur der einzige ungedeckte Gläubiger ist. Außerdem wurde der Fremde von seinen eigenen japanischen Angestellten gerufen. Auf das ganze japanische Volk drückt die ungeheure Last der direkten und indirekten Steuern und der vielen Monopole, denen neue wieder zugesetzt werden sollen. Von den Volksoverturen ist wenig zu erhoffen, denn die Regierung hat es bis jetzt immer noch verstanden, sich, wenn nötig, die ihr fehlenden Stimmen zu — erkaufen. Japan braucht jedenfalls Geld und es würde sich am liebsten mit dem Schwerte münzen.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 18. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Dernburg. Die Beratung des Kolonialetat's wird fortgesetzt.

Staatssekretär Dernburg dankt für die gestrige Anerkennung und betont dann gegenüber Spahn, es komme auf den Geist an, in dem die Verwaltung der Kolonien geführt werde. Es handle sich um die Kupferrückbildung der Bodenschätze, vor allem der Eingeborenenarbeit zu Gunsten der Wirtschaft der konkurrierenden Nationen. Diese seien dafür verpflichtet, den Eingeborenen eine höhere Kultur zu geben. Die Frage der Befriedelung durch Weiße oder Schwarze hänge davon ab, ob die Kolonien tropisch seien oder nicht. Man brauche möglichst billige Zwischenhändler. Er betrachte es als seine Aufgabe, denjenigen unserer Landsleute, die freiwillig zur Auswanderung nach Ostafrika entschlossen seien, die Wege zu ebnen. Die deutschen Kleinbauern sollten sich nicht in Gegenden ansiedeln, wo vom gesundheitlichen und wirtschaftlichen Standpunkt aus eine Existenz nicht möglich sei. Etwas Ueberflüsse aus den Kolonien seien zur Verminderung der Militärlasten zu verwenden. Alkohol dürfe an die Eingeborenen nicht verkauft werden.

Lebehour (Soz.) sagt, in der Stellung seiner Partei gegenüber der Kolonialpolitik habe sich nichts verändert. Der Staatssekretär gebe sich einer Illusion hin, wenn er glaube, die Interessengegenstände zwischen Weißen und Negern beseitigen zu können. Der Redner kommt dann auf die Ausbeutungen und die Kustände in den Kolonien zu sprechen. Die Kustände seien durch die Hüttensteuer herbeigeführt worden. Dernburg habe die Proklamtion der Klassenjustiz und der Prägelftrafe sanktioniert. Man könne sich denken, wie diese von den unteren Behörden ausgeführt werde. Die Rechtsgebräuche der Eingeborenen seien zu kodifizieren. Eine Partei, die dem Ausbeutungssystem feindlich gegenüberstehe, könne die vom Staatssekretär befürworteten Eisenbahnprojekte nicht gutheissen.

b. Liebert (Reichsp.) wendet sich gegen die Angriffe des Vorredners.

Biemer (freif. Vp.) erklärte, seine Freunde bekämpften namentlich den Assessorotypus. Das Programm Dernburgs finde die Zustimmung seiner Fraktion, ohne daß diese deshalb etwa durch die und dann mit dem Staatssekretär gehen würde.

Staatssekretär Dernburg erwidert auf die Ausführungen Lieberts und betont, es sei nicht Sache der Regierung, den Ansiedlern Arbeitskräfte zu verschaffen. Die Regierung habe nur die Eingeborenen zur Arbeit heranzuziehen.

Berner (Resp.) meinte, der Staatssekretär habe in seinen Darlegungen das wichtigste vergessen, nämlich die Sache mit den Hamburger Firmen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr.



